

Bericht zur Wintersession 2025

Autor: Carlos Reinhard, Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen
Datum: 6. Dezember 2025

Sitzungszeiten (Grundlage als FDP-Vertreter und ohne Kommissionssitzungen)

Tag	Datum	Sitzungskategorie	Stunden
DO	20.11.2025	Fraktion	5.50
FR	21.11.2025	Fraktion	2.75
MO	24.11.2025	Fraktion	2.00
MO	24.11.2025	Grossrat-Parlament	3.00
DI	25.11.2025	Grossrat-Parlament	7.75
MI	26.11.2025	Grossrat-Parlament	7.75
DO	27.11.2025	Grossrat-Parlament	5.25
MO	01.12.2025	Grossrat-Parlament	3.00
DI	02.12.2025	Grossrat-Parlament	7.75
MI	03.12.2025	Grossrat-Parlament	7.75
DO	04.12.2025	Grossrat-Parlament	0
Total Sitzungszeit (ohne Kommissionen und Unterlagenstudium)			52.50

Einige Statistiken zur Session

Anzahl Ordnungsanträge	7	Anzahl Traktanden Verhandlung	96
Anzahl Anträge, Planungserklärung	76	Total Traktanden (inkl. IP)	137
		Anzahl Vereidigungen	5
Anzahl Stichentscheide GR-Präsident	2	Anzahl Wahlen (inkl. Justizneuwahlen)	19
Anzahl Abstimmungen	206	Davon FDP-Likes 😊 (Abst.-Gewinne) = 93,7% Abstimmungserfolg	193
Anzahl Freie Debatten	47	Anzahl Reduzierte Debatten	49
Anzahl organisierte Debatten	0	Anzahl Wandlungen Motion-Postulat	23
Zurückgezogene Vorstösse/Anträge	9	In die nächste Session verschoben	3

Aktuelle Zusammensetzung der Fraktionen

Fraktionen								
Sitze	18	44	34	19	12	16	9	7

Total der Sitze: 160 (davon 1 Fraktionslose)

Aktuelle Positionierung der Fraktionen im Grossrat Kanton Bern

Links

Mitte

Rechts



62 Stimmen

16 Stimmen

12 Stimmen

69 Stimmen+1 Fraktionslose

Fraktionssitzungen



Die Vorbereitungen zur Wintersession standen erneut im Zeichen einer intensiven und gut strukturierten Fraktionsarbeit. Unsere Fraktionssitzungen führten wir dieses Mal in Saint-Imier durch – dem politischen Zuhause unseres Fraktionskollegen Corentin Jeanneret, der hier als Gemeindepräsident amtlich wie sinnbildlich für ausgezeichnete Gastfreundschaft sorgte. Der Wechsel ins Berner Jura brachte nicht nur frische Perspektiven, sondern auch die Gelegenheit, regionale Anliegen unmittelbar aufzunehmen. Die anschliessende Freitagssitzung fand traditionsgemäss im Zunftsaal statt, wo wir die Geschäfte der Session vertieften und die letzten offenen Punkte klärten. Am Montag tagte die Fraktion ausnahmsweise per TEAMS – der "Zibelemärit" machte einen regulären Sitzungsbetrieb im Rathaus oder im Zunftsaal kaum möglich. Der digitale Austausch funktionierte, was einmal mehr zeigt, wie flexibel und effizient wir als Fraktion arbeiten.

Offiziell neu als FDP-Grossrätin nahm Madeleine Deckert aus Evilard an unserer Sitzung teil. Herzlich willkommen, Madeleine – im Namen der gesamten Fraktion wünsche ich dir viel Erfolg und Freude bei deiner parlamentarischen Arbeit.

Peter Siegenthaler



Zu Beginn der Session gedachte der Grosse Rat eines verdienten ehemaligen Mitglieds: Peter Siegenthaler aus Thun, früherer Grossrat und langjähriger Gemeinderat, ist verstorben. Zu seinem Andenken erhob sich der Rat zu einer Schweigeminute. Damit würdigten wir sein Engagement für die Stadt Thun und den Kanton Bern sowie seinen bedeutenden Beitrag zum politischen Leben unseres Kantons.

Mein persönlicher Weg kreuzte sich über die Jahre oft mit Peter. Obwohl wir politisch unterschiedlich geprägt waren, begegneten wir uns stets mit Respekt – und vor allem mit viel Humor. Diese menschliche Verbundenheit werde ich in guter Erinnerung behalten.

Neue Ratsmitglieder

Insgesamt durften wir zu Beginn der Wintersession fünf neue Mitglieder im Grossen Rat begrüßen. Bei der FDP folgt Madeleine Deckert aus Evilard auf Peter Bohnenblust aus Biel. Ebenfalls neu im Rat sind Peter Gasser (PSA/Bévilard), Fabian Zulliger (SVP/Gerzensee), Markus Gerber (SVP/Bellelay) sowie Stephanie-Marion Gartenmann (SVP/Lauterbrunnen)

Wahlen in die Justizbehörden

Unser FDP-Kandidat Christophe Tissot wurde als neuer Präsident des Verwaltungsgerichtes berufen. Dies mit einem hervorragenden Resultat. Ich gratuliere Christophe zur Wahl und ich wünsche viel Erfolg bei der neuen Aufgabe.

Sessionsbeschlüsse

Das Sessionsprogramm und Beschlüsse sowie das Videoarchiv sämtlicher Voten der vergangene Sommersession, findet man mit dem folgenden Link:

<https://www.gr.be.ch/de/start/sessionen/wintersession-2025/sessionsprogramm.html>

Bemerkungen zu einigen ausgewählten Traktanden

Quelle einzelner Textinhalte: Grossrats-Webseite Kanton Bern

Hier eine Zusammenfassung der Entscheidungen im Telegrammstil:

- Die Bauernkrieger von 1653 werden nicht symbolisch rehabilitiert. Der Grosse Rat hat am Montag eine Motion von Nils Fiechter (SVP) mit 99 zu 51 Stimmen abgelehnt. Die Schaffung eines Gedenkorts in Bern lehnte der Rat mit 112 zu 37 Stimmen ebenfalls ab.
- Wer wo im bernischen Grossen Rat sitzt, soll weiterhin nicht ausgelost werden. Der entsprechende Vorstoss von Thomas Hiltbold (Grüne) wurde klar verworfen – die bewährte Sitzordnung nach Fraktionszugehörigkeit bleibt bestehen.
Man staunt immer wieder, auf welche Ideen das Parlament kommen kann. Einerseits wird erwartet, dass im Ratssaal Ruhe herrscht und Diskussionen in der Wandelhalle stattfinden. Andererseits sollte plötzlich eine Sitzplatzverlosung dafür sorgen, dass wir uns „besser kennenlernen“ – politisches Speeddating im Grossratsformat. Als Fraktionschef bin ich ehrlich froh, dass meine Teammitglieder nicht über den ganzen Saal verstreut würden. Ordnung schafft Übersicht – und Übersicht schafft gute Politik.
- Mit 148 zu 1 Stimmen wurde ein Postulat von Maya Weber Hadorn (SP) zur Förderung der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe von gehörlosen und hörbehinderten Menschen angenommen. Der Regierungsrat soll prüfen, wie der Zugang zu Informationen und kantonalen Dienstleistungen verbessert werden kann.
- Eine Motion von Samel Kullmann (EDU), welche Proporzahlen für den Regierungsrat fordert, wurde in die Sommersession verschoben.
- Der Grosse Rat hat einen Bericht der Regierung zur Kenntnis genommen, aus dem hervorgeht, dass die Regulierungscheckliste des Kantons Bern funktioniert. Seit 2022 wurde sie laut Bericht fast immer angewendet. Bei den meisten neuen Regeln gab es keine wichtigen Auswirkungen auf Firmen oder die Wirtschaft.
- Ein Vorstoss von Virginie Heyer (FDP) wurde einstimmig als Postulat überwiesen. Heyer möchte, dass nur Personen Regierungsratthalter werden dürfen, die im jeweiligen Verwaltungskreis wohnen. Auslöser war eine Kandidatur aus dem Kanton Waadt für das Amt im Berner Jura.
- Mit 107 zu 35 Stimmen wurde ein Postulat von Jan Remund (Grüne) überwiesen: Der Regierungsrat soll einen Bericht über den Zustand und die Resilienz der Demokratie im Kanton Bern vorlegen. Auffällig war, dass der Autor des Vorstosses die vermeintlichen demokratischen Gefährdungen „natürlich“ vor allem auf der rechten Seite des politischen Spektrums verortete. Eine breitere, weniger einseitige Perspektive wäre für eine ernsthafte Analyse unseres demokratischen Systems wohl hilfreicher gewesen. Jetzt dürfen wir gespannt auf den Bericht des Regierungsrates warten. Vielleicht ist es am Schluss ein Eigentor.
- Der bernische Grosse Rat will sich noch nicht festlegen, wer künftig wie viel Aktien bei den Kraftwerken Oberhasli (KWO) hält. Er hat die Strategie für Wasserkraft-Konzessionen deshalb am Dienstag zurückgewiesen. Eine Mehrheit stimmte darauf für den Rückweisungsantrag von Carlos Reinhard (FDP/Thun), Die Mitte, GLP und SVP. Der Regierungsrat soll «sicherstellen, dass die Berner Energieversorgungsunternehmen mit der Verschiebung der Besitzverhältnisse insgesamt gestärkt werden».

Wie das geschehen soll, lässt der mit 108 zu 43 Stimmen angenommene Antrag offen. Denkbar ist also auch, dass nebst BKW und EWB weitere Berner Energieversorger bei den KWO einsteigen. Die Regierung muss die Vorlage bis zur Sommersession 2026 überarbeiten. Ob die Zeit dafür reicht, liess Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) im Parlament offen. Klar ist, dass der Entscheid erst nach den Neuwahlen vom kommenden Frühling fallen wird.

Hier der Link zur ganzen Debatte im Video:

<https://be.recapp.ch/shareparl/?agendaltmUid=bf6fe6cfef434ad3a369aff811bc0407&insiteScroll=true&scroll=false&segmentUid=2941d378-39d4-432f-9dd0-11f36bfd03ed&unitName=default>

- Der Kanton Bern beteiligt sich mit 7,5 Millionen Franken am Bau des neuen nationalen Fussballzentrums in Thun. Das hat der Grosse Rat am Dienstag einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen. Damit steht fest, dass der Schweizerische Fussballverband (SFV) seinen Sitz von Muri nach Thun verlegt und dort ein Trainingszentrum für seine Nationalteams baut. Das Zentrum entsteht bei der Stockhorn Arena in Thun Süd.
- Das Fischermätteli-Tram soll weiterfahren dürfen, wenn der Kanton Bern die zusätzlichen Kosten im Vergleich zu einem Busbetrieb nicht übernehmen muss. Der Grosse Rat hat sich am Dienstag hinter einen entsprechenden Vorstoss von Claudine Esseiva (FDP/Bern) gestellt. Eine Diskussion gab es nicht. Der Rat überwies das Postulat mit 146 zu 0 Stimmen bei vier Enthaltungen. Die Tramlinie 6 Worb-Fischermätteli soll demnach im Angebotsbeschluss für den öffentlichen Verkehr 2027 bis 2030 verbleiben, sofern Dritte die Mehrkosten tragen. Den definitiven Entscheid zur Zukunft des Fischermätteli-Trams fällt der Grosse Rat im März 2026, wenn er den Angebotsbeschluss 2027 bis 2030 berät.
- Das Parlament hat am Dienstag einstimmig einen Ausführungskredit von 95,4 Millionen Franken für das Bildungszentrum Langenthal genehmigt. Mit dem Geld werden die Gebäude der Berufsfachschule an der Weststrasse 22 und 24 saniert und erweitert.
- Die Lücke im Bieler Strassennetz soll nach dem Verzicht auf den Westast der A5 geschlossen werden. Der Regierungsrat soll sich dafür einsetzen, dass im Bundesbeschluss über die Nationalstrassen ein Projekt zur langfristigen Vollendung des Netzes enthalten bleibt. Der Grosse Rat nahm am Dienstag diesen Punkt einer Motion der bürgerlichen Parteien mit 89 zu 47 Stimmen bei acht Enthaltungen an. Biel sei verkehrstechnisch nach wie vor ein Engpass, sagte Motionärin Pauline Pauli (FDP). Das habe Auswirkungen auf die Mobilität der gesamten Region. Schliesse man die Lücke, mache das den Verkehr insgesamt flüssiger und effizienter. Mit 89 zu 48 Stimmen bei sieben Enthaltungen nahm der Rat auch einen zweiten Punkt der Motion an – diesmal in Form eines Postulats. Der Regierungsrat soll die kantonale Rückstellung von 300 Millionen Franken für die Netzlückenschliessung beibehalten, um im Bedarfsfall schnell handeln zu können.
- Nichts wissen wollte die Ratsmehrheit von einem Vorstoss von Anne-Caroline Graber (SVP), die eine Wiederaufnahme des redimensionierten Westast-Projekts forderte. «Biel ist die einzige Schweizer Agglomeration mit rund 60'000 Einwohnern, die nicht von einer Autobahn durchquert oder umfahren wird», sagte Graber. Der Alternativvorschlag sah einen Autobahntunnel mit Gegenverkehr zwischen dem Bruggmoos und Vingelz ohne Verzweigung im Zentrum von Biel vor. Der Rat lehnte das Postulat mit 78 zu 72 Stimmen ab.

- Es wurde einstimmig eine Richtlinienmotion von Ruedi Fischer (SVP/Bätterkinden) überwiesen, die sich gegen die zusätzliche Verteuerung der Trinkwasserversorgung richtet.
- Mit 97 zu 50 Stimmen wurde eine Motion von Martin Lerch (SVP/Langenthal) überwiesen, die eine Straffung der Baubewilligungsverfahren fordert – vor allem durch eine Verkürzung der Fristen.
- Der Grosse Rat hat eine Motion von René Müller (EVP/Adelboden) mit 82 zu 61 Stimmen angenommen. Gemeinden sollen Einsprachen nur noch gegen ein Depot zulassen können. Der Regierungsrat hatte den Vorstoss wegen bundesrechtlicher Bedenken abgelehnt.
- Mit 104 zu 30 Stimmen wurde ein Postulat von Martin Schlup (SVP/Schüpfen) für fixe Mindestabstände zwischen Windrädern und Wohngebieten abgelehnt. Der Vorstoss forderte bis zu 1000 Meter Distanz, um Lärm und Schattenwurf zu reduzieren. Die Regierung hatte argumentiert, bestehende Regeln böten bereits genügend Schutz und starre Abstände seien ungeeignet sowie bundesrechtswidrig.
- Mit 135 zu 1 Stimmen wurde ein Postulat von Thomas Gerber (Grüne/Hinterkappelen) angenommen: Nach einem Sturm mit übermässigem Holzanfall sollen schnell und unkompliziert temporäre Nasslager bereitgestellt werden können.
- Der Grosse Rat hat ein Postulat von Andrea de Meuron (Grüne/Thun) mit 70 zu 54 Stimmen überwiesen. Der Regierungsrat prüft nun die Lancierung eines Pilotprojekts zur Entsiegelung unnötig versiegelter Flächen. Vorbild ist das Projekt «Asphaltknacker» des Kantons Aargau.
- Der Grosse Rat spricht sich einstimmig dafür aus, die École Cantonale de Langue Française (ECLF) um zweisprachige Klassen zu erweitern. Grundlage soll ein kantonales Postulat bilden. Die bisherige zweisprachige Lösung der Stadt (Classes bilingues) wird dennoch auf Sommer 2025 hineingestellt – zu kurzfristig für eine Fortführung. FDP-Grossrätin Claudine Esseiva (FDP) zeigt sich zufrieden, dass der Kanton Verantwortung übernimmt.
- Eine Motion für einen vollständigen Gebührenverzicht an der Pädagogischen Hochschule Bern wird mit 98 zu 41 Stimmen abgelehnt. Mehrheit und Regierung warnen vor einem Präzedenzfall und setzen weiterhin auf das bestehende Stipendiensystem. Argument: Gleichbehandlung aller Hochschulen, Vermeidung von Giesskannen-Subventionen.
- Das Parlament hat ein Postulat für kleinere Klassen und ein flächendeckendes Co-Teaching mit 97 zu 46 Stimmen abgelehnt. Die Einschätzung der Regierung fiel eindeutig aus: Ein solcher Systemumbau würde Milliarden kosten und die Schaffung von rund 1763 zusätzlichen Klassen erfordern. Zudem würden zahlreiche Gemeinden gezwungen, neue Schulhäuser zu bauen – finanziell wie organisatorisch ein kaum bewältigbares Vorhaben. Die Regierung verwies zurecht darauf, dass die aktuelle durchschnittliche Klassengrösse von 19,6 Kindern bereits im schweizweiten Vergleich tief ist und dass gezielte individuelle Unterstützung wirkungsvoller sei als teure Strukturreformen nach dem Giesskannenprinzip. Der Vorstoss zeigte exemplarisch, wie rasch der Kanton Bern innert nur einer Session finanziell überlastet wäre, wenn SP und Grüne mit solchen Forderungen Mehrheiten bilden. Im März stehen Neuwahlen an. Eine starke FDP sorgt dafür, dass der Kanton solide finanziert bleibt und Massnahmen gewählt werden, die tatsächlich wirken – statt solche, die

lediglich gut klingen.

- Mit 93 zu 60 Stimmen verlangt der Rat gesetzliche Grundlagen für gezielte Unterstützung armutsbetroffener Familien, etwa über kantonale Ergänzungsleistungen oder Familienpauschalen. Der Regierungsrat wollte den Vorstoss als erfüllt abschreiben, da bestehende Instrumente vorhanden seien. Das Parlament folgt dem nicht und setzt auf eine präzisere Armutsbekämpfung.
- Äusserst knapp (75 zu 74 Stimmen, Stichentscheid der Ratspräsidentin) überwies der Grosse Rat ein Postulat von Manuel C. Widmer (Grüne). Der Regierungsrat soll prüfen, wie der Kanton das Grundwasser vor TFA schützen kann, inklusive möglicher Reduktion oder späterer Verbote. Die Regierung verweist auf Bundeszuständigkeit und bestehende Aktivitäten; das Parlament setzt dennoch ein Prüfmandat.
- Der Grosse Rat weist zentrale Punkte des neuen Taxigesetzes mit 102 zu 49 Stimmen an die Kommission zurück. Kernfrage ist die Unterscheidung zwischen klassischen Taxis und plattformbasierten Fahrdiensten (z. B. Uber). Beide sollen bewilligungspflichtig sein, Fahrdienste aber tiefere Zulassungshürden erhalten. Taxis behalten Privilegien wie Standplätze und Busspuren. Erschreckend waren etliche Wortmeldungen der linken Fraktionsgruppen, welche grundsätzlich alle Unternehmungen unter Generalverdacht stellen, dass bei Anmeldungen und Zahlungen zu den Sozialversicherungen nicht richtig gehandelt würde.
- Der Grosse Rat lehnt eine Motion ab, die Familien mit Kindern nach sechs Monaten Aufenthalt in Rückkehrzentren in Privatwohnungen hätte wechseln lassen. Die Mehrheit sieht keine rechtliche Pflicht und warnt vor Ungleichbehandlung gegenüber anderen ausreisepflichtigen Personen.
- Die Motion zur Bekämpfung der Kinderarmut wird bestätigt: Mit 93 zu 60 Stimmen verlangt der Rat gesetzliche Grundlagen für Familienpauschalen oder Ergänzungsleistungen, um armutsbetroffene Familien gezielt zu unterstützen. Der Regierungsrat wollte den Vorstoss als erfüllt abschreiben, fand aber keine Mehrheit.
- Die Regierung legt ein Budget 2026 mit einem Überschuss von 365 Millionen Franken vor. Auch die Finanzplanjahre bis 2029 zeigen trotz Steuersenkungen deutliche Ertragsüberschüsse. Die Schuldenlast soll leicht sinken. Sibylle Plüss-Zürcher (FDP) verteidigte das Budget gegen etliche neuen Ausgaben der linken Ratsseite mit guten Argumenten.
- Der Grosse Rat senkt den Teuerungsausgleich für die Kantonsangestellten von 0,5 auf 0,2 Prozent. 84 Mitglieder stimmen dafür, 64 dagegen, zwei enthalten sich. Gemäss Finanzkommission spart der Kanton dadurch 14,3 Millionen Franken.
- Der Rat bewilligt knapp 50 neue Vollzeitstellen bei Gerichtsbehörden und Staatsanwaltschaft, beschliesst aber gleichzeitig, dass in den Jahren 2027 bis 2029 keine weiteren Stellenanträge mehr gestellt werden dürfen.

- Im weiteren Verlauf kündigt die bürgerliche Seite an, das Stellenwachstum in der Verwaltung und die Kosten der Volksschule stärker begrenzen zu wollen. Die Linke kritisiert die Finanzpolitik als unausgewogen.
- Die FIKO-Mehrheit beantragt eine Kürzung der Volksschul-Ausgaben um 30 Millionen Franken. Das Parlament lehnt dies mit 85 zu 65 Stimmen ab. Regierung und Minderheit betonen den Bedarf sowie die Risiken von Nachkrediten.
- Der Grosse Rat verabschiedet das Budget 2026 und den Aufgaben- und Finanzplan bis 2029 mit 99 zu 47 Stimmen. Der Überschuss erhöht sich im verabschiedeten Budget auf 385 Millionen Franken.
- Der Grosse Rat hat die Ausgaben für externe Beratungen, Gutachten und Informatikdienstleistungen für das Jahr 2026 auf maximal 50 Millionen Franken gedeckelt. Die Regierung warnte vor möglichen Verzögerungen bei Projekten, sollte die externe Unterstützung reduziert werden. Gleichzeitig wurde jedoch deutlich, dass die Verwaltung vermehrt den Mut haben sollte, Entscheidungen selbst zu treffen, statt sich für nahezu jeden Schritt auf zusätzliche Berichte und Expertisen abzustützen. Weniger Fremdberatung und mehr Eigenverantwortung stärken Effizienz und Führungsfähigkeit – ein Ansatz, den die FDP ausdrücklich unterstützt.
- Bei den Direktionen und der Staatskanzlei werden 14 von 58 geplanten Stellen gestrichen. Gemäss FIKO spart der Kanton so knapp 2 Millionen Franken.
- Das Parlament beauftragt die Regierung, aufzuzeigen, wie das Kostenwachstum im Bereich der «Besonderen Massnahmen» in der Volksschule gebremst werden kann. Eine Begrenzung der Klassengrössen lehnt es ab.
- Der Grosse Rat lehnt ein Verbot von Vegi-Mensen mit 74 zu 73 Stimmen mit Stichentscheid der Ratspräsidentin ab. Der Vorstoss wollte sicherstellen, dass öffentliche Institutionen weiterhin Fleischgerichte anbieten. Die Regierung verweist auf die fehlende Problemlage und warnt vor unnötiger Regulierung.
- Das neue kantonale Datenschutzgesetz wird in zweiter Lesung mit 101 zu 28 Stimmen bei 13 Enthaltungen verabschiedet. Gemeinden ohne eigene Aufsicht beteiligen sich künftig mit einem Pro-Kopf-Beitrag an der Finanzierung der kantonalen Datenschutzbehörde. Die vier grössten Gemeinden behalten eigene Aufsichtsstellen.
- Der Rat nimmt die Teilrevision des Finanz- und Lastenausgleichsgesetzes (Filag) mit 101 zu 45 Stimmen an. Burgdorf und Langenthal erhalten künftig pauschale Abgeltungen für Zentrumslasten. Der Betrag der Stadt Bern sinkt ein wenig.
- Der Rahmenkredit 2026 für das Amt für Informatik und Organisation (KAIO) wird mit 124 zu 18 Stimmen bewilligt. Er umfasst 10,9 Millionen Franken einmalig und 111 Millionen Franken wiederkehrend.

- Der Rat lehnt die Schaffung eines Nachhaltigkeitsfonds aus SNB-Geldern ab. Das in ein Postulat gewandelte Geschäft scheitert mit 63 zu 87 Stimmen.
- Ein Postulat zu Änderungen bei der Treueprämie für Kantonsangestellte wird mit 83 zu 65 Stimmen angenommen. Gleichzeitig wird es als erfüllt abgeschrieben.
- Eine Motion zur flexibleren Festlegung von Gewässerräumen wird punktweise angenommen und gleichzeitig abgeschrieben.
- Die dringliche FDP-Motion «Modernisierung touristischer Infrastrukturen erleichtern» wird auf die Frühlingssession verschoben – auf Antrag von Carlos Reinhard (FDP). Am betreffenden Sessionstag wäre dieses Geschäft das einzige Traktandum gewesen. Durch die Verschiebung konnten vermutlich einige zehntausend Franken an Sitzungskosten eingespart werden. Zudem hätte die Regierung über die Festtage ohnehin keine Umsetzungsschritte mehr einleiten können. Ein Entscheid also ganz im Sinne von Effizienz, Pragmatismus und haushälterischem Umgang mit Steuergeldern.

Sessionsfazit

Eine äusserst erfolgreiche Session liegt hinter uns. Mit einer beeindruckenden Erfolgsquote von 93,7 Prozent bei den Abstimmungen konnte die FDP. Die Liberalen ihre inhaltliche Stärke und politische Verlässlichkeit unter Beweis stellen. In zentralen Geschäften – etwa bei den Wasserkonzessionen – übernahmen wir die Themenführerschaft, entwickelten tragfähige Lösungen und ermöglichten Mehrheiten über die Fraktionsgrenzen hinweg. Gleichzeitig haben wir Milliarden an potenziellen Mehrausgaben verhindert. Dank einer klaren Haltung gegen linke Umverteilungsfantasien und gegen das weitere Aufblähen des Staates gelang es uns, finanzpolitische Vernunft und Prioritätensetzung durchzusetzen. Diese Session hat gezeigt: Eine starke FDP hält den Kanton Bern auf Kurs – wirtschaftlich solide, politisch handlungsfähig und mit gesundem Augenmass.

Für Fragen oder Anregungen stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung. Ich bedanke mich herzlich für das Interesse an meinen Sessionsberichten sowie für das Vertrauen und die hervorragende Zusammenarbeit innerhalb unserer Fraktion und mit dem FDP-Generalsekretariat. Ich wünsche allen frohe Festtage, erholsame Stunden im Kreise der Liebsten und einen erfolgreichen Start ins neue Jahr.

P.S.: Meine Mailadresse hat weder Spam-Blocker noch Nerven. Sie nimmt alles entgegen. Also nur zu – ich freue mich über jedes Ping in der Inbox.

Carlos Reinhard, Thun
carlos.reinhard@gr-gc.be.ch